

# Wirtschaft rät zum Abzocker-Boycott

**Lohnexzesse** Eine **Handelskammer**-Veröffentlichung irritiert Gegner und Befürworter der 1:12-Initiative.

VON URS MOSER

SP-Nationalrat Cédric Wermuth, als ehemaliger Juso-Präsident ein Hauptinitiant der 1:12-Initiative, hat sich die Augen gerieben, als er die aktuelle Ausgabe der Informationsschrift der **Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK)** las. Wermuth: «Die Handelskammer anerkennt den Handlungsbedarf, schlägt aber eine Lösung vor, die hanebüchen und viel radikaler ist als unsere Initiative: Sie will gewisse Firmen kaputtgehen lassen, um überrissene Managergehälter in den Griff zu bekommen.»

Was Wermuth zu diesem Schluss kommen lässt: In ihrem Organ weist die AIHK auf die Marktmacht der Konsumenten als Mittel gegen Lohnexzesse hin. Wenn auch keine Namen genannt werden, so lässt sich das doch ohne weiteres als Boykottempfehlung gegen bestimmte Firmen aus den eigenen Reihen verstehen.

«Ein ganz klarer Boykottaufruf»

Das Wasser auf die Mühlen der 1:12-Initianten liefert Handelskammer-Jurist Philip Schneiter in einem Artikel, der an sich ganz linienkonform die Argumente gegen die Initiative zur Begrenzung der Saläre in den Teppichetagen auflistet: Die Reichen ärmer zu machen, macht die Armen nicht reicher, Topverdiener bezahlen auch hohe Steuern und Sozialabgaben etc. Doch dann kommt ein Schlussabschnitt, der innerhalb des Wirtschaftsverbands noch zu reden geben dürfte: Wer sich an überrissenen Salären von Topmanagern stört, könne «systemkonform dadurch reagieren, dass er darauf verzichtet,

Produkte von Unternehmen zu erwerben, die ihren Topmanagern unangemessen hohe Saläre ausrichten».

Der Satz bringt zum Beispiel SVP-Nationalrat, Unternehmer und Handelskammer-Mitglied Ulrich Giezendanner auf die Palme. «Das ist ein ganz klarer Boykottaufruf. Das darf doch nicht wahr sein. Das so zu veröffentlichen, ist nicht tolerierbar», energiert er sich. Giezendanner: «Als Bürger und Handelskammer-Mitglied entschuldige ich mich stellvertretend bei den Unternehmen, die betroffen sein könnten.»

«Nur auf Machtmittel hingewiesen»

Autor Schneiter sieht keinerlei Grund für eine Entschuldigung. Sein Beitrag sei keineswegs als Boykottaufruf gegen bestimmte Firmen zu verstehen. Er habe lediglich auf die

Freiheit jedes Einzelnen, auf ein Machtmittel der Konsumenten hingewiesen, das zu wenig eingesetzt werde und Reglementierungen wie mit der 1:12-Initiative überflüssig machen würde.

AIHK-Präsident Daniel Knecht sieht

das ähnlich. Der Beitrag im Informationsorgan sei zwar keine offizielle Verlautbarung des AIHK-Vorstands, aber er habe auch kein Problem damit. Für Knecht ist die Formulierung ebenfalls nicht mit einem Boykottaufruf gleichzusetzen, sondern vielmehr ein Appell, die persönliche Freiheit und Verantwortung wahrzunehmen. Die Industrie- und Handelskammer sei entschieden gegen die 1:12-Initiative, betont Knecht. Ebenso klar stehe für ihn persönlich aber fest, dass in der Lohnpolitik für Topmanager übermarcht worden sei. Überrissene Saläre könnten zum Reputationsrisiko für ein Unternehmen werden. Knecht: «Jeder ist in seinem Kaufentscheid frei. Eine Firma, die eine falsche Politik betreibt, wird irgendwann vom Konsumenten dafür bestraft.»

**Als Bürger und Handelskammer-Mitglied entschuldige ich mich stellvertretend bei den Unternehmen, die betroffen sein könnten.»**

**Ulrich Giezendanner**